

Info 04.0.01 Lösungsvorschläge

AG 1: Perspektiven der EU - Jugendarbeitslosigkeit

<u>Jugendarbeitslosigkeit</u> (beispielhafte Auswertung der AG1)	
<p><u>Problemkennzeichnung</u></p> <p>a. Ausmaß</p> <p>b. Folgen</p> <p>c. eigene Betroffenheit</p>	<ul style="list-style-type: none"> - massive Unterschiede zwischen einzelnen Ländern (z.B. Griechenland [59%], Spanien [54,6%] vs. z.B. Deutschland [7,6%], Österreich [10,5%]) - Definition Jugendarbeitslosenquote: „Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Die Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen zusammen.“ - Jugend = 15-24-jährige - schlechte Ausbildung führt zu Chancenlosigkeit, aber auch gute Ausbildung garantiert keinen Job - kaum Chancen ohne Schulabschluss - hohe persönliche Schulden - leben am Existenzminimum - Auswandern?
<p><u>Was tun...</u></p> <p>a. die EU?</p> <p>b. das Land?</p> <p>c. die einzelnen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. Finanzmittel zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsvermittlung Wirtschaftswachstum engere Kooperation der Mitgliedsstaaten b. duales Ausbildungssystem Ausbildungsgarantie Modernisierung der Ausbildungseinrichtungen c. Aushilfsjobs unterhalb der eigenen Qualifizierung Schwarzarbeit Proteste Weiterbildung/weiteres Studium Auswandern
<p><u>Perspektiven</u> (Alternativen/Szenarien/ (Wie wird es weitergehen?)</p> <p>a. optimistisch</p> <p>b. pessimistisch</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. Gemeinsame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU Schaffung neuer Arbeitsplätze Verbesserung des Wirtschaftswachstums Verbesserung der Berufsbildung (Ausbildungsplätze) Sozialpakt in der EU b. Kluft zwischen Ländern mit hoher und niedriger Arbeitslosigkeit wird größer Wirtschaftliche Spaltung der Länder Proteste gegen die EU bis hin zur Förderung nationaler Gedanken Erstarken rechtspopulistischer Strömungen
<p><u>Unsere Stellungnahme</u> <u>Unser Urteile</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> - Für den Erhalt der EU ist eine gemeinsame Arbeitsmarkt-Politik unumgänglich. - Maßnahmen müssen zeitnah erfolgen, da andernfalls die Hilflosigkeit der Jugendlichen in Gewalt umschlägt (vgl. Griechenland, Frankreich). - Rechtspopulistische Parteien finden einen Nährboden in arbeitslosen, frustrierten Jugendlichen und bei der Wahl zum EU-Parlament. - Einige Länder werden ohne EU-Hilfe wirtschaftlich nicht mehr wettbewerbsfähig sein. - Die EU sollte und kann in den betroffenen Ländern mehr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit tun.

AG 2: Perspektiven der EU - Klimapolitik

<u>Klimapolitik</u>	
<u>(beispielhafte Auswertung der AG2)</u>	
<u>Problemkennzeichnung</u> a. Ausmaß b. Folgen c. eigene Betroffenheit	a. seit 1950 CO ₂ -Anstieg um ca. 33%, Temperaturanstieg um ca. 1,2°C seit 1880 → Klimawandel = globale Erwärmung b. /c. Anstieg des Meeresspiegels, Gletscherschmelze, Hitze und Extremregen in Städten, Überschwemmungen
<u>Was tun..</u> a. die EU? b. das Land? c. die einzelnen?	a. gemeinsame Ziele/Abkommen für einen Klimawandel mit Vorgaben für alle Länder b. Verringerung der Treibhausgase, Erneuerbare Energien, Abgasbegrenzung, Energieeffizienz, Gebäudesanierung c. Stromverbrauch reduzieren, auf effektive Energienutzung achten, sinnvoll Verkehrsmittel nutzen
<u>Perspektiven</u> (Alternativen/Szenarien/ Wie wird es weitergehen?) a. <u>Pessimistisch</u> b. <u>optimistisch</u>	a. Gefahren: Hitzewelle (Wetterextreme), Wassermangel, Überschwemmungen/Erdrutsche, Nahrungsknappheit, politische Sicherheitsrisiken, Kampf um Ressourcen b. Anpassung an den Klimawandel: Nahrungsmittelproduktion auf zusätzliche Bewässerung umstellen, Hochwasserschutz, Senkung des Treibhausgases → Klimawandel kann nicht komplett gestoppt, dafür aber gehemmt werden
<u>Unsere Stellungnahme</u> <u>Unsere Urteile</u>	- Jeder kann etwas dazu beitragen, den Klimawandel zu hemmen (Stromverbrauch, Verringerung des CO ₂ - Ausstoßes, Fahrrad fahren, Ökostrom). - Länder müssen sich nicht nur die Erhöhung des CO ₂ - Ausstoßes verhindern, sondern auch Maßnahmen treffen (z.B. Hochwasserschutz) gegen Veränderungen, die nicht mehr aufzuhalten sind. - EU spielt eine wichtige Rolle, um gemeinsame Ziele zu formulieren und diese auch umsetzen → ohne die EU würden viele Länder ihren eigenen Weg gehen und kaum Rücksicht auf eine gemeinsame Klimapolitik nehmen (EU als Vorreiter). - Klimawandel ist ein Thema der Zukunft (vor allem Jugendliche werden zukünftig von den Folgen betroffen sein)

AG 3: Perspektiven der EU- Asylpolitik

<u>Asylpolitik</u>	
<u>(beispielhafte Auswertung der AG3)</u>	
<p><u>Problemkennzeichnung</u></p> <p>a. Ausmaß b. Folgen c. eigene Betroffenheit</p>	<p>a. Etwa eine halbe Millionen Menschen warten allein in Libyen auf eine Überfahrt nach Europa Viele Flüchtlinge kommen bei der Überfahrt ums Leben die meisten Flüchtlinge kommen aus Kriegs- und politisch schwierigen Gebieten (z.B. Afghanistan, Irak, Syrien, Russland) Asyl bekommen: politisch Verfolgte(d.h. wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen; Menschen, die „anders“ sind → Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen und Perspektivlosigkeit sind kein Grund für Asyl</p> <p>b. Starke Einschränkungen für das Asyl viele Menschen aus wirtschaftlich armen Ländern fliehen in die EU Kriminelle Schlepper nutzen Ausweglosigkeit der Flüchtlinge für ihren eigenen Profit Besonders südeuropäische Länder sind vom Flüchtlingsstrom betroffen</p> <p>c. Wichtigstes Zielland für Asylsuchende ist Deutschland (SuS können dabei eigene Erfahrungen einbringen, die sie in ihrer Umgebung machen)</p>
<p><u>Was tun..</u></p> <p>a. die EU? b. das Land? c. die einzelnen?</p>	<p>a. Gemeinsames Europäisches Asylsystem → einheitliche Asylverfahren Kooperation der EU mit Afrikanischer Union zur Stärkung der afrikanischen Wirtschaft.</p> <p>b. Manche Länder müssen zusätzliche Asylanten aufnehmen, um andere Länder zu entlasten Gleichmäßige Verteilung der Asylanten</p> <p>c. Aufnahmemöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen</p>
<p><u>Perspektiven</u> (Alternativen/Szenarien/ (Wie wird es weitergehen?)</p> <p>a. <u>Optimistisch</u></p> <p>b. <u>pessimistisch</u></p>	<p>a. EU schafft durch Kooperation mit Afrika wirtschaftlichen Aufschwung → weniger Afrikaner suchen aus Armut die Flucht nach Europa („wir haben das Land, ihr die Erfahrung“) EU vereinheitlicht weiter das Asylaufnahmesystem um eine gleich Voraussetzungen in jedem Mitgliedsstaat zu schaffen Mitgliedsstaaten stellen Gewalt gegen Flüchtlinge unter Strafe</p> <p>b. EU schottet sich von Afrika und Flüchtlingsländern ab (insbesondere im Mittelmeerraum), Sicherheitsmaßnahmen gegen Flüchtlinge werden erhöht → wirtschaftliche Lage in Afrika bleibt größtenteils schwierig, immer mehr Flüchtlinge versuchen aus ihrer ausweglosen Situation zu entkommen und nach Europa zu gelangen</p>
<p><u>Unsere Stellungnahme</u> <u>Unsere Urteile</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> - EU sollte eine abgestimmte Asylpolitik entwickeln. - Sie sollte sich an den Grenzen noch mehr öffnen, um aus humanitären Gründen Flüchtlingen aus Krisengebieten die Einreise zu ermöglichen. - EU muss ein gleichmäßiges Aufnahmesystem für alle Mitgliedsstaaten schaffen. - EU muss mit Afrika kooperieren, um eine wirtschaftlichen Aufschwung für beide Kontinente zu schaffen. - Eigene Bevölkerung auf das Migrationsproblem vorbereiten

AG 4: Perspektiven der EU- Finanz- und Wirtschaftskrise

<u>Finanz- und Wirtschaftskrise</u>	
<u>(beispielhafte Auswertung der AG4)</u>	
<p><u>Problemkennzeichnung</u></p> <p>a. Ausmaß b. Folgen c. eigene Betroffenheit</p>	<p>a. Die Staatsverschuldung liegt in 6 EU-Ländern über 100%, in Griechenland bei 170%, Haushaltsdefizit bei 13%.</p> <p>b. Länder mit hoher Staatsverschuldung sind kaum kreditwürdig, müssen hohe Zinsen zahlen. Besonders Griechenland bewegt sich an der Grenze zur Staatspleite, was den Euro immens schwächen kann.</p> <p>c. (Deutsche) Steuerzahler bürgen letztlich für die Kredite.</p>
<p><u>Was tun..</u></p> <p>a. die EU? b. das Land? c. die einzelnen?</p>	<p>a. 1. und 2. Rettungspaket der EU und des IWF für Griechenland Zeit gewonnen für Erholung der Wirtschaft; Machtwort von EZB-Chef Draghi gegen die Spekulanten → Zahlungen werden weitergehen, um gemeinsam aus der Krise zu kommen;</p> <p>b. Rigorose Sparmaßnahmen und Wirtschaftsförderung werden in den Krisenländern zugleich verordnet.</p> <p>c. Verarmung der Bevölkerung in Griechenland Zunahme der Jugend -Arbeitslosigkeit (50%) Proteste gegen die Sparpolitik der Regierung Auswandern?</p>
<p><u>Perspektiven</u> (Alternativen/Szenarien/ (Wie wird es weitergehen?)</p> <p>a. Optimistisch b. pessimistisch</p>	<p>a. Finanziell gefährdete EU-Länder können durch Hilfskredite der EU die eigene Wirtschaft vorübergehend stärken. Die (Jugend-) Arbeitslosigkeit kann durch Förderprogramme und Wirtschaftsaufschwung gesenkt werden. Südeuropäische Länder werden wieder kreditfähig und wettbewerbsfähig. EU-Länder setzen sozialen Sparkurs um. Soziale Proteste halten sich in Grenzen.</p> <p>b. Es werden keine weiteren Kredite gewährt → Staatspleiten drohen in Südeuropa (z.B. Griechenland) Scharfe Proteste in den Ländern führen zu Abweichungen von dem rigorosen Sparkurs. EU-Mitgliedsstaaten (z.B. Italien, Frankreich) verweigern mehr und mehr den rigorosen Sparkurs. Einzelne Länder treten aus der Eurozone aus, der Euro als gemeinsame Währung von 17 EU-Ländern schwächelt</p>
<p><u>Unsere Stellungnahme</u> <u>Unser Urteil</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> - Der Euro muss als gemeinsame Währung gestärkt werden, damit die Pleiten von den finanzschwachen Ländern abgewendet u. die übrigen EU-Ländern stabil bleiben. - Gezielte EU-Förderung schwacher Länder ist weiterhin notwendig, um gemeinsam aus der Krise zu kommen. - Sparkurse, Wirtschaftswachstum und Sozialprogramme müssen miteinander vereinbart werden → Gefahr sozialer Proteste

Um die Gestaltungsmöglichkeiten der EU einschätzen zu können, ist es gelegentlich hilfreich sich vor Augen zu halten und die Frage zu stellen: **Wie mächtig ist die EU?**

Die Europäische Gemeinschaft ist kein Bundesstaat (mit starker Exekutive und mächtigem Präsidenten wie z.B. die USA), aber auch kein Staatenbund (lockerer Zusammenschluss von Staaten z.B. Afrikanische Union) sondern eine Staatengemeinschaft, die sowohl aus intergouvernementalen (zwischenstaatlichen) Einrichtungen und als auch aus supranationalen (überstaatlichen) Einrichtungen besteht: Im **Europäischen Rat** (Zusammenschluss der Regierungschefs der Mitgliedsländer) und im nach Fachressorts aufgeteilten **Rat der Europäischen Union (Ministerrat)** sind die nationalen Interessen in Europa vertreten. Überstaatliche Einrichtungen sind: die **Europäische Kommission**, sie bestimmt als Exekutivorgan die Politik der EU; das **Europäische Parlament**, das bei der Rechtsetzung der EU unmittelbar die Unionsbürger repräsentiert; der **Europäische Gerichtshof (EUGH)** der Europäischen Union, der als Rechtsprechungsinstanz die supranationale Gültigkeit von Rechtsnormen überprüft und daher die überstaatlichen Interessen von Ganzeuropa in seinen vielbeachteten Gerichtsurteilen schrittweise zur Geltung bringt.